

FRÄNKISCHE NACHRICHTEN



RÜCKKEHR NACH VIER JAHREN
Adler-Torhüter Felix Brückmann
spielt für Deutschland ▶ Seite 20

TAUBERBISCHOFSHAIM

21 NEUE FÄLLE EINER CORONAVIRUS-INFEKTION
Der Wert der Sieben-Tage-Inzidenz steigt leicht und
liegt am Mittwoch bei 88,6 ▶ Seite 7

DONNERSTAG 29. OKTOBER 2020 · NR. 251

FNWEB.DE

B 2917 · Preis: 2,10 €



Andrang auf die Wahlbüros

Washington. Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl in den USA haben bereits mehr als 71 Millionen Amerikaner ihre Stimme abgegeben. Das entspricht mehr als der Hälfte aller Stimmen (51,6 Prozent), die bei der Wahl vor vier Jahren insgesamt abgegeben wurden, wie am Dienstag aus Daten des „U.S. Elections Project“ hervorging. Besonders hoch war die frühe Stimmabgabe im stark umkämpften US-Bundesstaat Texas, hoch ist die Beteiligung auch in den wichtigen Bundesstaaten Florida und North Carolina. *dpa*

► Berichte Politik

WETTER

	Heute 11/10 °C Leichter Regen und windig
	Freitag 14/12 °C Bedeckt und windig
	Samstag 16/7 °C Sonnig

Agentur für Arbeit: Neue
Leiterin Giesen im Gespräch

Pandemie ist wie ein Brennglas

Tauberbischhofshaim. Die neue Leiterin der Agentur für Arbeit Schwäbisch Hall/Tauberbischhofshaim, Elisabeth Giesen ist seit knapp vier Wochen im Amt. In einem Pressegespräch stellte sie ihre ersten Eindrücke und Ziele vor.

Beherrscht werde der Arbeitsalltag der Behörde derzeit von der Bearbeitung der Anträge für das Kurzarbeitsgeld. Nahezu alle Abteilungen seien involviert. Giesen rechnet damit, dass dieses große Aufgabenfeld noch bis Ende 2021 beackert werden muss.

Die Corona-Pandemie bezeichnet sie als Brennglas, das notwendige Strukturänderungen verschärft und beschleunigt. Davon sei auch ihre Behörde betroffen, da die Digitalisierung nun schneller kommen müsse. Die Agentur müsse künftig auf allen Kanälen präsent sein.

Die Qualifizierung nannte sie als weiteren Schwerpunkt. *hut*

► Bericht Seite 9

Baden-Württemberg

Handballer pausieren

Baden-Württemberg. Die drei baden-württembergischen Handballverbände haben entschieden, die laufende Saison im Erwachsenen- und Jugendbereich ab sofort zu unterbrechen. „Aufgrund der neuen Gegebenheiten und des exponentiellen Anstiegs der Infektionszahlen haben wir uns gegen die Möglichkeit zur Durchführung des Spielbetriebs entschieden“, so Peter Knapp, der Präsident des Badischen Handballverbandes. Baden unterbricht zunächst bis 31. Dezember, Württemberg bis zum Verbandstag am 28. November und Südbaden bis einschließlich des Wochenendes 14./15. November. Auch Freundschaftsspiele werden bis auf weiteres nicht genehmigt. Den Vereinen obliegt es in eigener Verantwortung, einen Trainingsbetrieb durchzuführen. *ptt*

► Bericht auf Seite 18

Umfrage: Schlechte Noten für Krisenmanagement an Schulen

Große Sorge vor einer Ansteckung

Mannheim. Jeder dritte Baden-Württemberger hat große Sorgen vor einer Corona-Ansteckung. Weitere 40 Prozent machen sich „begrenzt Sorgen“, dass sie sich infizieren könnten. Das ergibt sich aus einer Umfrage des Instituts für Demokratie Allensbach im Auftrag von 78 baden-württembergischen Tageszeitungen. Befragt wurden 1000 repräsentativ ausgewählte Erwachsene. Vier Prozent von ihnen waren bereits infiziert. Die Menschen über 60 Jahren haben mehr Angst vor einer Infektion als der Durchschnitt. 38 Prozent haben große Sorge.



Als „völlig ungewöhnlich“ stufen die Allensbach-Demoskopen die Zustimmung zum Corona-Kurs der Bundesregierung ein. Seit März werde ihr von 70 Prozent konstant gute oder sehr gute Arbeit attestiert. Auch mit dem Krisenmanagement der Landesregierung sind die Badener und Württemberger überwiegend zufrieden. 60 Prozent bescheinigen ihr mindestens eine gute Arbeit.

Eisenmann wenig bekannt

Schlechtere Noten bekommt das Corona-Krisenmanagement an den Schulen im Südwesten. Nur 34 Prozent sehen hier gute Arbeit, eher negativ fällt das Urteil bei 57 Prozent der Befragten aus. Diese Bewertung färbt auf das Urteil über Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) ab. Nur zehn Prozent haben eine gute Meinung von der CDU-Spitzenkandidatin, 30 Prozent bewerten sie als nicht gut. Jeder dritte Befragte kennt Eisenmann gar nicht. *prw*

► Bericht Südwest

Pandemie: Bund und Länder vereinbaren harte Maßnahmen gegen Corona / Lockdown gilt in ganz Deutschland bis Ende November

Merkel: „Wir müssen handeln, und zwar jetzt“

Berlin. Mit massiven Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben ab kommenden Montag wollen Bund und Länder die sich unkontrolliert ausbreitende Corona-Pandemie wieder in den Griff bekommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder haben sich am Mittwoch in einer Schalkonferenz in seltener Einigkeit auf weitreichende Kontaktbeschränkungen und die Schließung der gesamten Gastronomie sowie von Freizeiteinrichtungen geeinigt. Die Maßnahmen sind zunächst auf den November beschränkt und sollen nach zwei Wochen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Generell soll im November gelten, dass sich nur noch maximal zehn Personen aus zwei Haushalten gemeinsam in der Öffentlichkeit aufhalten dürfen. Verstöße gegen diese Kontaktbeschränkungen sollen von den Ordnungsbehörden streng mit Bußgeldern geahndet werden. Feiern mit mehr als zehn Personen aus zwei Haushalten stuft das von Merkel und den Ministerpräsidenten beschlossene Papier als „inakzeptabel“ ein, auch wenn diese in Wohnungen oder privaten Einrichtungen stattfinden.

Neben Restaurants, Kneipen und Bars werden praktisch alle Freizeiteinrichtungen geschlossen, also auch Kinos, Theater, Konzerthäuser, Schwimmbäder, Fitness-Studios, Saunen, Spielhallen, Casinos und Prostitutionsstätten. Auch Kosmetikstudios, Massagepraxen und Tattoo-Studios sollen schließen. Der Freizeit- und Amateursportbetrieb wird ebenfalls untersagt, mit Ausnahme des Individualsports allein, zu zweit oder mit dem eigenen Hausstand. Alle Bürger werden aufgefordert, auf nicht notwendige pri-

vatere Reisen und Besuche – auch von Verwandten – zu verzichten. Das gilt auch für Tagesausflüge. Übernachtungsangebote im Inland sollen nur noch für nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Scholz kündigt Nothilfen an

Schulen und Kindergärten sollen dagegen geöffnet bleiben. Das gilt außerdem für den gesamten Groß- und Einzelhandel. Allerdings darf sich künftig in den Geschäften nicht mehr als ein Kunde pro zehn Quadratmeter aufhalten. Damit wurde der Vorschlag der Bundesregierung deutlich entschärft. Sie hatte eine Fläche von 25 Quadratmetern pro Kunde gefordert. Preiseure dürfen unter Einhaltung der Hygienevorschriften weiter Kunden bedienen. Gottesdienste nach den Worten von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) weiterhin erlaubt sein. Allerdings müssen

die Hygienekonzepte unbedingt eingehalten werden.

Die von den Schließungen betroffenen Unternehmen und Einrichtungen erhalten weitere Nothilfen. Das sichert Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zu. Geplant ist, dass der Bund pauschal bis zu 75 Prozent der ausgefallenen Umsätze für Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern erstattet. Auch größere Unternehmen sollen Entschädigungen bekommen, sofern die EU-Beihilferichtlinien das gestatten. Nach Angaben des Finanzministeriums kostet das etwa zehn Milliarden Euro.

Alle Bundesländer tragen den Beschluss mit, einzig der Freistaat Thüringen fordert in einer Protokollnotiz die Feststellung einer „akuten nationalen Gesundheitsnotlage“ durch Bundesrat und Bundestag sowie eine stärkere Beteiligung der Parlamente. „Das ist ein schwerer

Tag, weil wir wissen, was wir den Menschen zumuten“, sagte Angela Merkel im Anschluss an die Beratungen. Die Maßnahmen seien „hart und belastend“ räumte die Kanzlerin ein, sie seien aber dringend notwendig, um die Zahl der Corona-Neuinfektionen zu senken und eine Nachverfolgung der Infektionsketten durch die Gesundheitsämter wieder zu ermöglichen. „Wenn es bei diesem Tempo der Infektionen bleibt, kommen wir binnen Wochen an die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems“, warnte Merkel. Es brauche eine „nationale Kraftanstrengung“, damit Deutschland nicht in eine nationale Gesundheitsnotlage hineinkomme, forderte sie. „Wir müssen handeln, und zwar jetzt“, betonte Merkel.

Kritik von Verbänden

Am Mittwochmorgen hatte das Robert-Koch-Institut einen Rekordwert von 14 964 Neuinfektionen binnen eines Tages gemeldet – beinahe doppelt so viel wie vor einer Woche. Auch die Zahl der Corona-Patienten, die auf einer Intensivstation behandelt und beatmet werden müssen, ist weiter gestiegen.

Gleichwohl stießen die Beschlüsse der Ministerpräsidenten auf scharfe Kritik. FDP und Linkspartei nannten die Einschränkungen unverhältnismäßig. Die Wirtschaft warnte vor den Folgen für Unternehmen und den Arbeitsmarkt. Ökonomen rechnen damit, dass die Erholung der Wirtschaft nun wieder zum Stillstand kommt. Tourismus- und Gaststättenverbände sowie die Veranstaltungsbranche rechnen nun mit einer Pleitewelle. Sie forderten weitere Hilfen und kündigten Proteste an. *rnd*

► Kommentar, Berichte Seiten 2 und 3



Bundeskanzlerin Angela Merkel ist wegen der stark steigenden Infektionszahlen in Deutschland sehr besorgt. BILD: EPA

Bei größeren Problemen
in der Zeitungsstellung öffnen
wir unsere PDF-Version unter:
www.fnweb.de/stoerung

Servicetelefon
Abonnement/Zustellung: 0800 3131006 (kostenlos)
Anzeigenabteilung: 0800 3131008 (kostenlos)
Redaktion: 09341 83-200

E-Mail
Abonnement/Zustellung: fn.vertrieb@fnweb.de
Anzeigenabteilung: fn.anzeigen@fnweb.de
Redaktion: red.tdb@fnweb.de

Kundenforum Tauberbischhofshaim und Ticketshop
Schmiedestraße 19, 97941 Tauberbischhofshaim
Telefon: 09341/83-141, Fax: 09341/83-199
Mo.-Fr. 9-13 Uhr, Samstag 9-11 Uhr

